

# Kiedricher Blättche

*Gut für Kiedrich... SPD*

März /2015



## Gemeindehaushalt 2015 verabschiedet

**Gebührenerhöhungen beschlossen/Erstmals seit Jahren wieder ausgeglichener Haushalt.**

Der Haushalt 2015 der Gemeinde Kiedrich ist verabschiedet. Und die Debatten hatten Symbolcharakter: Alle Fraktionsredner sprachen in großer Einigkeit weniger über das Zahlenwerk selbst, als über die kommunalfeindliche Unterfinanzierung der hessischen Kommunen. Und dies mit gutem Grund.

### Hohes soziales Niveau

Kiedrich hat, wertneutral und ohne Eigenlob, in den letzten Jahren sehr sparsam gewirtschaftet, dabei ein hohes soziales Niveau gehalten (Kinderbetreuung!), für wichtige Investitionen gesorgt (Sportgelände!) und mit der Ausweisung von Neubaugebieten Voraussetzungen für die eigene Zukunftsfähigkeit geschaffen. Umso tragischer ist es dann, wenn man mit jeder Haushaltsfortschreibung immer gravierendere Maßnahmen ergreifen muss.

### Abbaupfad eingehalten

Wurde in früheren Jahren noch über Kürzungen gestritten, so war man nun parteiübergreifend (!) gezwungen, über Erhöhungen zu sprechen. Denn Möglichkeiten zum Kürzen gibt es schon seit geraumer Zeit so gut wie nicht mehr. Bei der Festsetzung der Gebühren, war in allen Punkten die unbedingte Vorgabe: Der Abbaupfad des - mit dem Land vereinbarten - Schutzschirmvertrags muss eingehalten werden.

Zuletzt hatte Bürgermeister Steinmacher in einer Broschüre im Januar die Haushaltssituation der Gemeinde erklärt. Die Aufarbeitung im Zahlenwerk gestaltete sich nun wie folgt:

Nach den Beschlussempfehlungen des Haupt- und Finanzausschusses ist die

- Grundsteuer B auf 790 v.H.
- die Grundsteuer A auf 500 .v.H.
- die Gewerbesteuer auf 410 v.H.

festgesetzt.

- zusätzlich wurde im Rahmen der Debatte auch über die Änderungssätze der Hundesteuer entschieden.
- an dieser Stelle sind die geänderten Kindergartengebühren aufgrund ihres Umfangs nicht aufgeführt. Sie können aber über [www.kiedrich.de](http://www.kiedrich.de) eingesehen werden.

*„Dieser Haushalt ist so scharf auf Kante genäht, dass unter dem Strich nur 20.000 Euro Verfügungsmasse verbleiben. 20.000 Euro, zu finden übrigens als Investitionsrücklage, für das gesamte Jahr 2015. Das drückt den Inhalt dieses Haushaltsplanes deutlicher aus als alles andere“*, erläuterte der SPD-Fraktionsvorsitzende Udo Wesemüller dazu.

Und er benannte, wie auch die Kollegen von CDU und FDP, gleich die politischen Hauptschuldigen: Die Hessische Landesregierung, in diesem Fall Finanzminister Dr. Thomas Schäfer und Innenminister Peter Beuth (beide CDU).

*„Dieser Haushalt krank“*, schimpfte Wesemüller, *„weil sich das Land Hessen weigert, den tatsächlichen Finanzbedarf der Kommunen anzuerkennen. Das berührt die Bürgerinnen und Bürger unmittelbar durch Einschränkung von Leistungen, sowie durch enorme Erhöhungen der Steuersätze und Gebühren. Die Diskussionen und auch den Bürgerunwillen haben wir ja gerade erlebt.“*

*Dieser Haushalt krank, weil das Land nicht genügend Mittel bereitstellt, um die Erfüllung unserer Pflichtaufgaben zu ermöglichen. Ich betone: der übertragenen Pflichtaufgaben, ich rede nicht von freiwilligen Leistungen. Wir sollen bluten, weil das Land seiner verfassungsgemäßen Verpflichtung nicht nachkommt“.*

### Über 800.000 Euro für Kindergärten

Alleine im Teilergebnishaushalt „Kindertageseinrichtungen“ beträgt das Defizit insgesamt

823.074 Euro (Zuwendungen: 381.596 Euro, Ausgaben: 1.205.030 Euro). Würde das Land seiner in der Verfassung verankerten Erstattungspflicht nachkommen, würde alleine diese Position ausreichen, um den Gemeindehaushalt wirksam zu entlasten, erklärte Wesemüller. „Die Diskussion um Kita-Gebühren

*könnten wir uns komplett sparen, wenn das Land Hessen diese Kosten übernehmen würde. In Rheinland-Pfalz ist das möglich, warum nicht auch bei uns in Hessen?“*

Schlussendlich stimmten alle drei Fraktionen dem Zahlenwerk und damit dem Haushaltsplan 2015 zähneknirschend zu.

## Stimmhaltung des SPD-Fraktionsvorsitzenden / parteiübergreifende Resolutionen

Es war eine außergewöhnliche Sitzung des Gemeindeparlaments, als am 23. Januar der Haushalt des Jahres 2015 beraten wurde. Eine Sitzung mit Symbolcharakter: Zwar hatten sich die Sprecher aller Fraktionen über die Finanzpolitik des Landes verärgert gezeigt, letztlich stimmten dann fast alle Gemeindevertreter dem Zahlenwerk zu.

Alleine der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion, Udo Wesemüller, enthielt sich der Stimme, trug die notwendigen Gebührenerhöhungen nicht mit und stimmte somit auch nicht dem Gesamthaushalt zu.

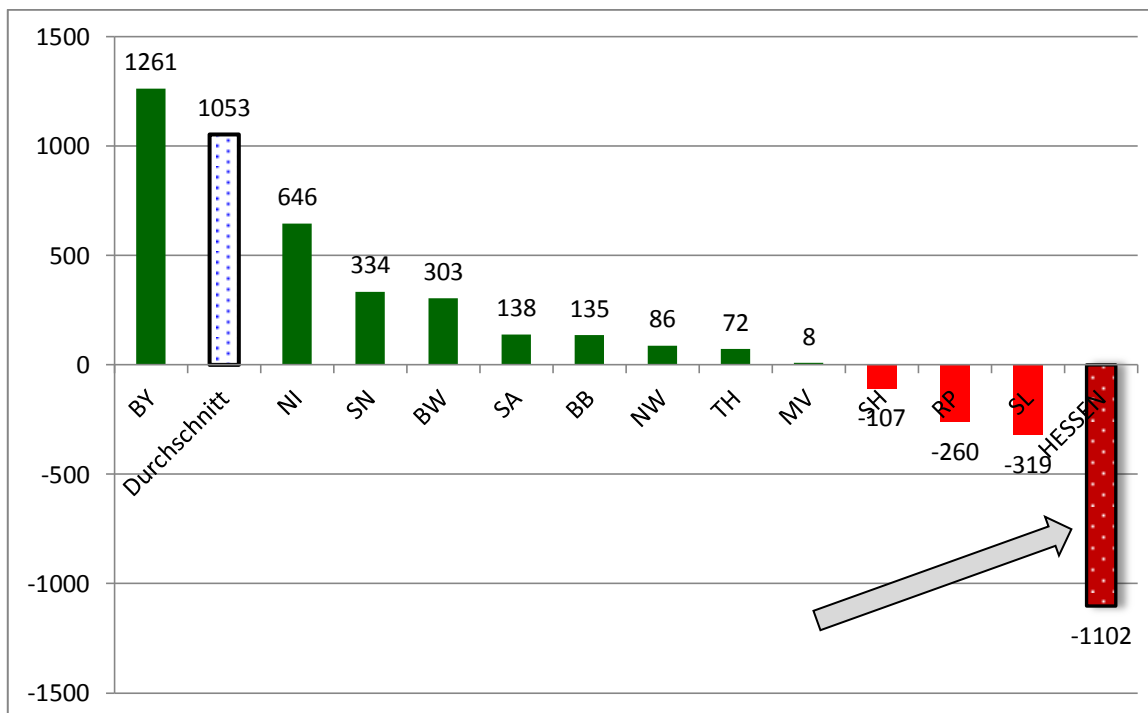
Zwar betonte er, dass die SPD-Fraktion dem von Bürgermeister Steinmacher eingebrachten Haushaltsentwurf zustimmen werde, er selbst wollte sich allerdings der nach seiner

Ansicht zutiefst unsozialen und kommunalfeindlichen Politik der Landesregierung nicht beugen.

Die breitgefächerten Gebührenerhöhungen seien nach seiner Ansicht vor allem der Unterfinanzierung der hessischen Kommunen geschuldet, fasste er zusammen und ließ seinem Unmut in einer persönlichen Erklärung freien Lauf.

War er damit auch der Einzige, der den Gemeindehaushalt 2015 nicht mittrug, so sah er sich doch in der gleichen Sitzung durch zwei Resolutionen bestätigt. Die CDU-Fraktion hatte eine solche zur Finanzierung der Kindertagesstätten beantragt, die FDP-Fraktion eine zum Thema Konnexität („... wer bestellt, der bezahlt auch“).

**Die Grafik zeigt es:** Während 9 von 13 Bundesländern<sup>1</sup> ihren Kommunen Finanzmittel gaben wurden den Hessischen Kommunen 1,102 Milliarden Euro über dem Kommunalen Finanzausgleich entzogen!



### Finanzierungssalden der Gemeinden 2013 in Millionen Euro

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 2, 1. - 4. Vj. 2013)

<sup>1</sup> Nicht enthalten sind die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen, die ja eigene Haushalte (für sich selbst) haben.

## **Versicherung für Flüchtlinge im Rheingau-Taunus – Landessportbund Hessen schließt Vertrag ab**

Eine gute Nachricht für Kiedricher Vereine: Asylbewerber und Flüchtlinge, die in einem dem Landessportbund Hessen angeschlossenen Verein Sport treiben, sind dabei umfassend versichert.

Manfred Schmidt, der Vorsitzende des Sportkreises wies darauf hin. *„Der Versicherungsschutz wird in vollem Umfang in der Unfall-, Haftpflicht-, Rechtsschutz- und Krankenversicherung gewährleistet.“* Er gelte für die versicherten Personen, als Zuschauer oder Begleiter sowie bei der Teilnahme an geselligen und sonstigen Veranstaltungen des Vereins.

Der Landessportbund Hessen hat danach über das Arag-Versicherungsbüro im LsbH einen Zusatzvertrag für die Versicherung von

Asylbewerbern und Flüchtlingen für alle knapp 8.000 Mitgliedsvereine abgeschlossen. Und er übernimmt die kompletten Kosten für diese Versicherung“, „damit nicht auch noch zusätzliche finanzielle Belastungen auf die Vereine, Verbände und Organisationen zukommen“, erklärte der Sportkreisvorsitzende Schmidt.

Damit ist ein Problem, das vielen Vereinen „unter den Nägeln brannte“, sehr gut gelöst worden. Auch Kiedricher Vereine können sich jetzt aktiv an der Einbindung von Flüchtlingen beteiligen.

Die SPD sagt dazu: Klasse, gut für unsere Vereine!

## **Kiedricher SPD unterstützt Lehrer, der Nazischmierereien übersprühte.**

Auch das gibt es: Der Lehrer und Diplom-Sozialpädagoge Ralf Bender aus Limburg muss für die „Beseitigung von Schäden“, die durch das Übersprühen von rassistischen und nationalsozialistischen Symbolen an Straßenschildern entstanden sind, 991,55 Euro plus fünf Prozent Zinsen an die Stadt Limburg zahlen.

Immer wieder tauchten an Laternenmasten und Straßenschildern in Limburg Aufkleber und Schmierereien mit fremdenfeindlichen, rassistischen, antisemitischen und nationalsozialistischen Inhalten und Symbolen auf. Sie hingen dort auf Augenhöhe, wo Kinder und Jugendliche unterwegs sind, zum Beispiel vor den Schulen.

Kein Verantwortlicher wurde zur Rechenschaft gezogen, wohl aber ein Mann, der Gefahr im Verzug sah und die Aufkleber mühsam abgekratzt oder mit schwarzer Farbe übersprüht hat: ein Lehrer, der das nicht dulden wollte: Lehrer Ralf Bender.

Von ihm verlangt das Limburger Ordnungsamt nun die Wiedergutmachung des angeblichen Schadens und stellte ihm 991,55 Euro in Rechnung.

Dabei hatte Lehrer Bender das Limburger Ordnungsamt zuvor wiederholt und auf die Sprüche und Zeichen hingewiesen. Er bat die Stadt Limburg, die Aufkleber und Schmierereien auf ihrem Eigentum unverzüglich entfernen zu lassen. Doch die Stadt blieb untätig. Als er schließlich zur Selbsthilfe schritt, um ersatzweise die Arbeit der Stadt zu erledigen alarmierte ein Zeuge die Polizei,

*„Mit solchen Aufklebern beginnt Rassenhass und Ausländerfeindlichkeit. Erst kommt das Wort, dann der Mord“,* sagt Lehrer Ralf Bender unter Hinweis auf den jüngsten Totschlag in einer Limburger Obdachlosenunterkunft. *„Wenn jemand mit Zivilcourage zeige und nicht wegsehe, aber die Stadt in Kenntnis dessen wochenlang nichts unternahme, sehe er sich in der Pflicht“.*

Die Solidarität ist groß und auch die Kiedricher Sozialdemokraten reagierten. *„Es kann nicht sein, dass hunderte Schüler täglich an diesen symbolträchtigen Schmierereien vorbeigehen, und am Ende der bestraft wird, der etwas dagegen tut“*, fand auch der Kiedricher SPD-Vorstand und überwies ebenfalls einen Beitrag zur Entlastung des Lehrers.

## **500 Euro für Spielplatzausstattung: SPD übergibt Spende aus dem Erlös des Adventsbasars**

Es klang schon ein wenig Stolz mit, als der SPD-Vorsitzende Udo Wesemüller die Spende überreichte: Kein Wunder - erstmals auf dem neuen Festgelände ausgerichtet, war der Adventbasar 2014 ein voller Erfolg. *„... das Ambiente hat gestimmt und die Kiedricher nehmen den neuen Platz an“*, lautet sein Fazit.

Mehr Anbieter und auch mehr Publikumsverkehr als sonst ergaben unter dem Strich auch ein gutes Ergebnis. Und so konnte die SPD im Rahmen ihres Neujahrsempfangs die stolze Summe von 500 Euro zur weiteren Ausgestaltung des Spielplatzes am Alten Sportplatz überreichen.

## **Notiert, glossiert: Kritik ist gut, mitmachen ist noch besser.**

„Also meine besten Freundinnen zum Beispiel, die sagen, Kommunalpolitik interessiere sie nicht. Und sie sind nun wirklich nicht doof. Sie haben eine gute Schulbildung und anspruchsvolle Berufe“. Aber ich sage: „Wenn bei euch vor der Haustüre die Straße gesperrt wird oder in der Schule Asbest von der Decke rieselt, dann ist das Kommunalpolitik. Dann muss man sich auch mal kümmern. Das macht dann nicht das Land oder die Bundeskanzlerin“.

Aber nee, das finden sie zu langweilig. Obwohl ihre „Bildungsebene“, wie gesagt, es eigentlich zulassen würde, mehr zu tun, als zu kritisieren.

So etwa könnte ein fiktiver Beitrag einer Kiedricher Mutter lauten.

Und jetzt das: Als bekannt wird, dass in der Gemeindevertretung die Kita-Gebühren angehoben werden sollen, um den Spar-Vorgaben des Landes zu genügen, wird die halbe Elternschaft aktiv. Es werden Briefe geschrieben, ein „Shitstorm“ (soll man das übersetzen?) auf Facebook angefacht. In der Bürger-Fragestunde, die sonst so gut wie niemand besucht, sitzen plötzlich 20, 30 besorgte Menschen. Es scheint also kein allgemeines „Unpolitisch-Sein“ als Motiv vorzuherrschen, oder ein Desinteresse an der Politik.

Oder etwa doch? Am Ende nämlich waren nicht die „besorgten“ Kiedricher Bürger, sondern die Gemeindevertreter frustriert. Denn kaum war der Punkt Kindergartengebühren erledigt, erhob sich die gesamte Elternschaft und verließ zügig die Sitzung.

Dabei wurden sofort im Anschluss wichtige und weitreichende Themen beraten. Die aber interessierten offenbar niemanden mehr, die zurückgelassenen Gemeindevertreter waren wieder unter sich.

Welches Fazit kann man daraus ziehen?

Natürlich ist es richtig und völlig legitim, sich für eigene Interessen einzusetzen und diese zu artikulieren. Allerdings scheint es den erzürnten Bürgern völlig egal zu sein, was sonst in Kiedrich passiert. Geht es nicht um genau „ihren“ Punkt, ist ihnen alles andere scheinbar total Schnuppe.

Vielleicht sollte man den Haupt- und Finanzausschuss einfach auflösen. Und stattdessen einen Therapiekreis für engagierte, aber vollkommen frustrierte Gemeindevertreter gründen. Die sich irgendwann fragen, für wen sie sich eigentlich die Abende um die Ohren hauen.

## **Fünftes Wildschweinfest. SPD und Jagdpächter laden wieder ein!**

29. März: Diesen Termin gilt es vorzumerken!

Am diesem letzten Wochenende im März ist es wieder soweit:

Gemeinsam mit den beiden Kiedricher Jagdpächtern

Thomas Osterwind und Ralf Gorka steigt das fünfte Wildschweinfest der SPD.

Dabei wollen die Organisatoren in diesem Jahr erstmals bereits am Samstagabend mit einem musikalischen Auftakt beginnen, der einen Vorgeschmack auf das Fest am Sonntag geben soll.

Zahlreiche Attraktionen werden die Zuschauer am Sonntag erwarten, angeführt von einem

Falkner, der mit seinem Adler anwesend sein will. Ein Messerschmied und auch der Schauwagen des Hess. Landesjagdverbandes werden wieder mit von der Partie sein.



Die musikalische Umrahmung sorgen am Sonntag neben den Jagdhornbläsern die Bigband des KCV.

Einen besonderen Anreiz dürften allerdings wieder die Erzeugnisse „rund um die Wildsau“ werden. Als Bratwurst frisch vom Grill oder an den

beiden Ständen für Zuhause. Kaffee und Kuchen werden am Sonntagmittag vom Förderverein der John-Sutton-Grundschule angeboten.

## Bereitstellung von Wohnraum für Flüchtlinge

Kiedrich erwartet im Laufe des Jahres weitere Flüchtlinge. Am Ende werden es nach heutigem Stand 46 sein. Nach einer SPD-Initiative wurde der Gemeindevorstand in der Sitzung am 23. Januar gebeten, sich mit der Zielrichtung an die KBW (Kommunale Wohnungsbau GmbH des Rheingau-Taunus-Kreises) wenden, dass beim Freiwerden einer Wohnung im Unteren Schoss diese vordringlich zur Unterbringung von Flüchtlingen weiter genutzt werden.

Warum?

Nach einer Mitteilung des Bürgermeisters, wird noch weiterer Wohnraum für die uns zugewiesenen Flüchtlingen bzw. Asylbewerber in 2015 benötigt. Da die ehemaligen Gemeindefliegenschaften im Unteren Schoss mittlerweile aber an die Kommunale Wohnungsbau GmbH des Kreises übertragen wurden (bis auf eine Mini-Anteilsbeteiligung an der KBW), hätte die Gemeinde bei einer Neubelegung keine entsprechende Handhabe mehr, diese selbst und eigenverantwortlich zu vergeben.

## Ehrenamt braucht Verlässlichkeit und muss Spaß machen

Von Landrat Burkhard Albers

Über ein Drittel der hessischen Bevölkerung ist dauerhaft ehrenamtlich engagiert. Und das hat gute Gründe. Ob Sport- oder Kulturverein, freie Wohlfahrtspflege oder die Rettungsdienste: Die gemeinschaftliche Betätigung in der Freizeit fördert die individuelle Lebensqualität und leistet einen erheblichen Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander.

Gleichzeitig ist es aber nicht zum Nulltarif zu haben. Damit Ehrenamt funktioniert, müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Beispielsweise muss im Sport eine attraktive Sport-Infrastruktur vorhanden sein. Im Brandschutz ist für den Schutz der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer eine angemessene Ausrüstung vorzuhalten. Die kommunalpolitische Betätigung darf nicht an einer vom Land ausgehöhlten Selbstverwaltungsgarantie scheitern. Kurz: Der Nährboden für ehrenamtliche Betätigung darf nicht fahrlässig trocken gelegt werden.

Als Vorsitzender einer großen Hilfsorganisation in meinem Landkreis weiß ich, welche Anforderungen die Ehrenamtlichen an ihr Hobby richten. Ich weiß aber auch, welche Anforderungen zunehmend an die Ehrenamtlichen gerichtet werden.

Im Rheingau-Taunus-Kreis sind viele Ehrenamtliche zum Beispiel in Betreuungs- und Sanitätszügen engagiert. Schaut man sich die Entwicklung des ehrenamtlichen Leistungsspektrums in den letzten Jahren an, wird klar: die Professionalisierung hat auch im Ehrenamt eingesetzt. Trotzdem müssen wir sicherstellen, dass das bürgerschaftliche Engagement nicht als kostenloser Ersatz für notwendige öffentliche Leistungen überfordert wird. Es handelt sich dabei nun einmal gerade um keine berufliche Betätigung, sondern soll in der Freizeit Spaß bereiten.



Landrat Burkhard Albers

Damit das auch in Zukunft so bleibt, brauchen die Vereine und Organisationen Planungssicherheit und verlässliche Partner in den öffentlichen Verwaltungen an ihrer Seite. Hier sind selbstverständlich auch die Kommunen gefragt, in deren Ehrenamts- und Sportförderungen in letzter Zeit erschreckend häufig eklatante Einschnitte zu verzeichnen sind, weil die dürftige kommunale Finanzausstattung in Hessen schlicht auch zum Sparen am Ehrenamt zwingt.

Nicht nachvollziehbar ist in diesem Zusammenhang das Verhalten der amtierenden schwarz-grünen Landesregierung und des CDU-Sportministers Peter Beuth. Zuerst degradiert er die Sportförderung zur grundsätzlich nur freiwilligen kommunalen Aufgabe, korrigiert sich angesichts des öffentlichen Drucks bald darauf, um dann durch einen Herbstbeschluss den Kommunen faktisch jeglichen finanziellen Raum zu nehmen, tatsächliche Förderung zu leisten.

Dazu kommt ein nun groß als Verbesserung der Kommunalfinanzen angekündigter Entwurf zum neuen Kommunalen Finanzausgleich, in dessen Berechnung selbst die

Pflichtaufgaben der Kommunen nur zu 90 Prozent als gerechtfertigter Bedarf angerechnet werden.

Damit entzieht die Landesregierung den Kommunen etwa 1 Mrd. Euro pro Jahr, gera-

de auch für die Sport- und Ehrenamtsförderung.

Ehrliche und aufrichtige Politik im Interesse der Menschen in unseren Städten und Gemeinden sieht anders aus.

## Schweizer Franken

### 63 Millionen Euro mehr Schulden: Der entkoppelte Schweizer Franken rüttelt den Rheingau-Taunus-Kreis durch.

Wir erinnern uns, der chronisch unterfinanzierte Rheingau-Taunus-Kreis hatte die Kassenkredite in Schweizer Franken aufgenommen, um überhaupt noch handlungsfähig zu bleiben.

Durch die überraschende und von niemand vorhergesehene Entscheidung der Schweizer Nationalbank, den Euro-Mindestkurs für den Franken von 1,20 Franken je Euro aufzuheben werden jedoch Kredite in Schweizer Franken mittelfristig teurer.

Das sorgt für Probleme im Rheingau-Taunus-Kreis, der seit Jahren Kredite in Schweizer Franken hält, die nun sehr viel teurer werden. In der letzten Sitzung des Kreistags wurde deshalb heftig über die zusätzlichen Kreditkosten in Millionenhöhe gestritten.

Wir versuchen an dieser Stelle, sachlich und emotionslos zu berichten. In der Hoffnung, dass die Politiker aller Parteien am Ende ebenso entscheiden.

#### **Stichwort Schweizer Notenbank:**

Die Schweizer Notenbank hob Mitte Januar überraschend den Euro-Mindestkurs für den Franken von 1,20 Franken je Euro aufgehoben. Bis dahin hatten die Notenbank zur Schwächung der eigenen Währung an den Devisenmärkte Euro gekauft. Sie wollte damit Schweizer Waren auf dem Weltmarkt günstiger darstellen.

Es war eine radikale Kehrtwende, der Mindestkurs wurde in einer Zeit der massiven Überbewertung des Frankens und größter Verunsicherung an den Finanzmärkten eingeführt. Nach der Meldung geriet der Euro stark unter Druck und sank unter die Parität zum Franken. Zeitweise fiel er um mehr als 28 Prozent auf 0,86 Franken.

Die Auswirkungen auf die Schweizer Exportwirtschaft dürften erheblich sein. Denn ein starker Franken macht die Schweizer Produkte im Ausland teurer, fast unerschwinglich.

Der Kreis hatte Kassenkredite in Schweizer Franken aufgenommen um Zinsen zu sparen. Dieses Vorgehen war zum damaligen Zeitpunkt konsequent: Der Kreis stand wie auch

andere Kommunen mit dem Rücken zur Wand und hat sich nach eingehender Beratung zu diesem Schritt entschieden.

Stabile Währung, deutliche geringere Zinsen: alles sprach damals für die Schweiz. Die folgenden Jahre gaben den Verantwortlichen Recht: Der Kreis hat auf diese Weise viele Zinsen gespart.

Überdies beurteilte auch die Kommunalaufsicht dieses Instrument als rechtlich legitim und probat.

Niemand konnte ahnen, dass die Europäische Zentralbank im Jahre 2015 die Euro-Zone mit Geld überfluten, die Schweizer Banken ihre Kopplung von der Gemeinschaftswährung aufgeben und der Franken plötzlich wieder deutlich teurer würde. Mit dem Wissen von damals hätte damals sicher jeder anders entschieden.

#### **Aber nun ist Wahlkampf!**

Offensichtlich vom derzeitigen Wahlkampf geprägt, nimmt die Debatte um die Auswirkungen auf die Kreisfinanzen teilweise kuriose, weil inhaltlich verdrehte, Formen an.

Kurz nachgedacht ... wir erinnern uns vor allem, dass die entsprechenden Beschlüsse im Kreisausschuss und dem Haupt- und Finanzausschuss immer mit großen Mehrheiten unter Beteiligung der CDU-Fraktion gefasst wurden.

Auch dabei: der CDU-Fraktionsvorsitzende Andre Stolz, der heute so vehement gegen den Landrat wettet, und der finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Lothar Becker.

#### **Unter den Tisch geduckt**

Am liebsten hätten sich die CDU-Mitglieder im Kreisausschuss während der Debatte und der Schimpfkanonade des CDU-Fraktionsvorsitzende Andre Stolz wohl unter den Tisch geduckt. Denn sie alle hatten die Franken-Kredite mitbeschlossen.

Dabei ist nie etwas verheimlicht worden. Es gab zu den Kreditinformationen immer einen offenen Umgang. Ausweislich der Protokolle wurden die Kreispolitiker von Januar 2005 bis

Januar 2014 alleine 83 Mal (!) schriftlich über die Kreditentwicklungen informiert.

Wie geht es weiter?

Wichtig sind aus unserer Sicht drei Dinge:

1. Der Kreis muss in nächster Zeit auf keinen Fall einen hohen zweistelligen Millionenbetrag zurückzahlen!
2. Und: Weil im Euro-Raum die Zinsen derzeit so unglaublich niedrig sind, wird der Rheingau-Taunus-Kreis trotz der Kurs-Entwicklung des Schweizer Franken in diesem Jahr weniger Zinsen zahlen müssen als veranschlagt.
3. Zunächst stehen zu fest vereinbarten Terminen Prolongationen an.

Die beiden im letzten Monat fälligen Kredite in Schweizer Franken hat der Kreis um ein halbes Jahr verlängert. Die beiden Darlehen in Höhe von etwa 16 und 30 Millionen Schweizer Franken wurden von der beauftragten Bank zu einem Zinssatz von null Prozent prolongiert (verlängert).

#### **Stichwort Prolongation:**

Unter Prolongation wird im Finanz- und Bankwesen die Verlängerung der Laufzeit von Krediten, Geldanlagen und Wechseln bezeichnet. Allgemein werden hierunter im Finanzwesen alle Laufzeitverlängerungen, insbesondere bei Zahlungs- oder Liefervereinbarungen, verstanden.

Es sind Fristen, die zeitliche Grenzen für die Geltendmachung von Rechten durch beide Vertragsparteien darstellen.

Die SPD im Kreistag befürwortet einen mittelfristigen Ausstieg aus den Kassenkrediten in Schweizer Franken, weil ein sofortiger Ausstieg noch einmal hohe Kosten verursachen würde. Gleichzeitig wird der Vorschlag von Landrat Burkhard Albers begrüßt, gemeinsam mit externen Finanzmarktexperten ein Ausstiegsszenario zu entwickeln.

Oberste Priorität hat für die Sozialdemokraten, die Handlungsfähigkeit des Rheingau-Taunus-Kreises zu erhalten. Um den Schaden für den Kreis so gering wie möglich zu halten verbietet sich für sie auch politisch motivierter Aktionismus.

Wie der Kreis in Sachen Franken-Kredite weiter vorgeht, soll der Kreisausschuss erst entscheiden, wenn die Ergebnisse aus dem dazu einberufenen Arbeitskreis vorliegen.

Fälligkeit zum Jahresende

Gerne verschwiegen wird in der Diskussion, dass die tatsächliche Fälligkeit der Franken-

Kredite erst zum Jahresende 2015 eintritt. Welche Entscheidungen die Schweizer Nationalbank bis dahin zum Thema Euro-Mindestkurs vs. Franken trifft, oder die Europäische Zentralbank für die Euro-Zone ist heute noch gar nicht vorhersehbar.

Derzeit ist damit auch nicht absehbar, ob und in welcher Höhe zusätzliche Kreditkosten eintreten könnten. Kursierende Zahlen über 63 Millionen Euro Mehrbelastungen für den Kreis sind derzeit also eher fiktiv.

#### **SPD-Fraktion befürwortet mittelfristigen Ausstieg**

Für einen wohlüberlegten mittelfristigen Ausstieg des Rheingau-Taunus-Kreises aus den Kassenkrediten in Schweizer Franken macht sich die SPD im Kreistag stark. Gleichzeitig wird der Vorschlag von Landrat Burkhard Albers begrüßt, gemeinsam mit externen Finanzmarktexperten ein Ausstiegsszenario zu entwickeln.

Von Panik oder parteipolitischem Kalkül geprägte Entscheidungen werden den Schaden für den Kreis deutlich erhöhen. Deshalb wirbt die SPD-Fraktion für einen sachlichen, möglichst parteiübergreifenden, Umgang mit der Problematik, sagte Fraktionsvorsitzender Georg Mahr abschließend. Oberste Priorität habe für die Sozialdemokraten, die Handlungsfähigkeit des Rheingau-Taunus-Kreises zu erhalten. Deshalb verbiete sich auch politisch motivierter Aktionismus um den Schaden für den Kreis so gering wie möglich zu halten.

#### **Wir stellen vor dem aktuellen Hintergrund folgendes fest:**

Es ist leicht aufzuzeigen, was nicht geht und was falsch ist. Noch leichter ist es, Handlungen im Nachhinein als Fehler zu monieren. Wir begrüßen faire Kritik, erwarten in diesem Fall jedoch just von politischen Parteien konstruktive Vorschläge für Lösungen. Diese blieb die CDU im Kreis, in Sachen Fremdwährungskredite wie auch bei anderen Sachverhalten, bislang schuldig.

Fremdwährungskredite sollte der Rheingau-Taunus-Kreis angesichts der derzeit sehr unsicheren Finanzmärkte – künftig nicht mehr neu abschließen.

Bund und Land sind gefordert, die Städte und Gemeinden dauerhaft zu entlasten. Zum Beispiel müssen Sozialausgaben, die in Bundesgesetzen geregelt sind, auch vom Bund finanziert werden. Wer bestellt, muss zahlen!

## Landtagsfußballer in Kiedrich

Es war im Anschluss an einen Besuch der SPD-Kreistagsfraktion in Kiedrich. Die Kreispolitiker besuchten dabei auch den neuen Sportplatz und durch Vermittlung des Kiedricher SPD-Vorsitzenden Udo Wesemüller wurde ein Spiel der Landtagself gegen die Alten Herren des 1. FC Kiedrich angeregt.

Mittlerweile ist alles vom 2. Vorsitzenden des 1. FC Kiedrich, Raymond Gülich, und Marius

Weiß, Mitglied des Landtages, in trockene Tücher gepackt: Das Spiel findet am Mittwoch, 25. März, in Kiedrich statt.

Dabei wird die Politiker-Elf aus den Mitgliedern des Hess. Landtages nicht mit leeren Händen kommen. In einer der Sporttaschen, so ist es versprochen, wird sich auch ein Scheck des Landtagspräsidenten für die Jugendförderung finden.

## Rückspiegel:

### Volle Kostenübernahme und Grundversorgung von Flüchtlingen

Bund und Länder bürden den Kommunen hohe Lasten ohne ausreichende Kostendeckung für die Unterbringung von Flüchtlingen auf.

Die SPD-Fraktion beantragte die notwendige Kostenerstattung in mehreren Punkten.

Leider ohne Ergebnis. Das Land erhöhte seine Kostenübernahme zwar auf 90 Prozent (auch das sind keine 100 !). Allerdings nur für „Pauschalen“.

Also: 90% auf eine pauschale Leistungen für Unterbringung. 90% für Gesundheitsvorsorge usw. Unter dem Strich bleiben die Kommunen also immer noch auf einem Großteil ihrer Aufwendungen sitzen.

Kiedrich musste beispielsweise rund 100.000 Euro für die Herrichtung der Flüchtlingsunterkünfte aus eigener Tasche bezahlen. Erstattung ungewiss bis unwahrscheinlich.

### Resolution an die Kassenärztliche Vereinigung, die Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes betreffend.

Mit Sorge betrachtete die SPD Kiedrich die Pläne der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen zur Reform des ärztlichen Bereitschaftsdienstes in Hessen und ihre Auswirkungen für den Rheingau, die eindeutig zu Verschlechterungen der ärztlichen Notversorgung führen.

Auf Antrag der SPD verabschiedete daher die Gemeindevertretung einen Appell an die Kas-

senärztliche Vereinigung, die anerkannte Qualität und die akzeptierte Struktur des ärztlichen Bereitschaftsdienstes im Rheingau durch eine geplante Reform nicht zu zerstören.

Und nun? Wie richtig und begründet dies war ist in einem Artikel vom 10. Januar im Wiesbadener KURIER: *„Ärzte kaufen sich aus Angst vor Behandlungsfehlern frei“*.

Danach sehen sich viele Ärzte dieser neuen Aufgabe jedoch nicht gewachsen und verkaufen ihren Dienst nun für hohe, dreistellige Beträge im Internet oder über die zuständige Obmann-Gruppe. *„Ich habe seit 14 Jahren keinen solchen Dienst mehr absolviert und mich schlichtweg nicht kompetent genug gefühlt“*, schrieb eine ärztliche Psychotherapeutin, die nun den Bereitschaftsarzt vertreten sollte.

### Kindergartengebühren? Es geht auch anders:

Der Kindergarten in Espenschied stand leer und wird nun mit Asylbewerbern belegt. Warum? In dem Lorcher Stadtteil gab es einfach keine Kinder mehr!

Die Eltern dort melden ihre Kleinen einfach im nur zwei Kilometer entfernten Welterod an. Da ist Platz und Welterod liegt jenseits der Grenze in Rheinland-Pfalz. Und dort sind die Plätze kostenlos.

---

## TERMINE

- 22. März, Kiedricher Weinsteig
- 25. März, Fußballspiel der Landtagself gegen den FC Kiedrich
- 29. März, 5. Kiedricher Wildschweinfest, Halle Weingut Weil
- 18. April, Konzert KCV-Bigband, 19 Uhr, Bürgerhaus
- 25. April, Tennis-Eröffnungsturnier, Tennisplätze Hochfeld

## V.i.S.d.P.

SPD-Ortsverein Kiedrich  
c/o Udo Wesemüller,  
Hochfeld 1,  
65399 Kiedrich  
www.spd-kiedrich.de